Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7275**
14. Wahlperiode 19. 10. 2001

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jugendpolitisches Programm der Bundesregierung „Chancen im Wandel“

Inhaltsverzeichnis

Zugeleitet mit Schreiben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 17. Oktober 2001.

I. „Den eigenen Weg finden“

Jede Generation trägt neue Ideen und Anregungen in unsere Gesellschaft. Sie stellt neue Fragen und bringt die Gesellschaft dazu, zu lernen und sich weiterzuentwickeln. Unser Land ist auf diesen Beitrag angewiesen, denn nur so bleibt es offen für die Zukunft und die kreative Gestaltung des Wandels.

Die große Mehrheit der Jugendlichen ist heute in ihren Lebensplänen mobiler und flexibler als vorangegangene Generationen. Junge Menschen bewegen sich selbstverständlicher über Ländergrenzen hinweg und stellen sich pragmatisch auf den Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft ein.

Die schnelle Entwicklung bringt aber auch ein verbreitetes Bedürfnis nach Sicherheit, Geborgenheit und nach sozialer Anerkennung mit sich. Dies erklärt, weshalb Familie und Beruf wieder zu zentralen Wertorientierungen geworden sind. Jugendliche wollen sich für den Beruf gut qualifizieren und vorbereiten. Gleichwertig neben dem Beruf wünschen sie sich festen Halt in Partnerschaft und Familie. Von der Politik erwartet die junge Generation gute Rahmenbedingungen, um ihre Interessen und Fähigkeiten eigenverantwortlich entwickeln und umsetzen zu können.

Die Bundesregierung nimmt die Jugendlichen als Partner ernst. Sie setzt sich für eine demokratische Kultur des Aufwachsens ein, in der Jugendliche gute Chancen auf Bildung und Arbeit haben, in der politisches Handeln Orientierung im Wandel gibt und in der die Teilhabemöglichkeiten für die junge Generation gestärkt werden.

Die Bundesregierung will den Jugendlichen mehr Perspektiven eröffnen, ihren individuellen Weg in unserer Gesellschaft und im zusammenwachsenden Europa zu finden. Sie verpflichtet sich dabei zu einer aktivierenden Jugendpolitik, welche die Fähigkeiten der Jugendlichen fördert und im Gegenzug dazu auffordert, die entwickelten Talente und Ideen aktiv wieder in die Gesellschaft einzubringen. Solidarität darf keine Einbahnstraße sein. Es gibt nicht nur das Recht, seine Fähigkeiten und Talente frei zu verwirklichen, sondern auch die Pflicht, etwas davon der Gesellschaft wieder zurückzugeben, die diese freie Entwicklung erst ermöglicht hat.

Sicherheit und Chancen: Die Gesellschaft muss der nachwachsenden Generation neben Anregungen und Chancen auch Sicherheit im dreifachen Sinne bieten: bezogen auf materielle Lebensführung, auf soziale Anerkennung und auf menschlichen Zusammenhalt.

Junge Menschen streben weiterhin nach sicheren materiellen und sozialen Grundlagen, insbesondere nach einer klaren beruflichen Perspektive verbunden mit stabiler Partnerschaft und Familie. Die neuen Bedürfnisse nach einer besseren Balance von Berufs- und Privatleben sowie veränderte Ansprüche an Geschlechterrollen erfordern flexible Arbeitszeitmodelle, eine qualitativ gute Kinderbetreuung und mehr Möglichkeiten partnerschaftlicher Aufgabenverteilung. Verbesserungen im familiären Umfeld kommen nicht nur dem Wunsch der Eltern, sondern auch einer großen Mehrheit der Jugendlichen entgegen.

Die Bundesregierung setzt daher auf eine familienfreundliche Politik, die eine bessere Balance zwischen Arbeitswelt und Familienleben ermöglichen soll. Ziel ist die Förderung des sozialen Zusammenhalts in der Familie und zwischen den Generationen. Dieses zentrale Fundament für die Leistungsfähigkeit und Lebensqualität unserer Gesellschaft muss auch in Zeiten des Wandels bewahrt werden. Dies kann nur durch eine dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtete Reformpolitik gelingen, die den veränderten Wünschen der Menschen sowie der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung trägt.

Bildung und Arbeit: Wesentlicher Schwerpunkt der neuen Jugendpolitik ist es, möglichst allen Jugendlichen bessere und gerechtere Chancen auf Bildung und Arbeit einzuräumen. Dabei geht es nicht nur darum, sie umfassender auf die Berufswahl vorzubereiten und allen Jugendlichen eine Ausbildung anzubieten. Es geht nicht nur darum, die Jugendarbeitslosigkeit entschieden zu bekämpfen. Es müssen vor allem auch die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Chancen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung allen Jugendlichen offen stehen.

Entscheidende Ressourcen in der entstehenden Wissensgesellschaft sind heute die Talente und Fähigkeiten aller Jugendlicher. Ihre Bildung und Qualifizierung sowie der kompetente Umgang mit den neuen Medien wird noch weiter an Bedeutung zunehmen.

Der Zugang zu Bildung und Qualifizierung muss allen Jugendlichen offen stehen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Die Bundesregierung setzt auf soziale Gerechtigkeit. Die Schaffung von Chancengleichheit für Mädchen und Jungen ist dabei ebenso wichtig wie der Kampf gegen soziale Ausgrenzung und benachteiligende Startbedingungen durch gezielte Hilfen und Qualifizierungen. Auch überdurchschnittlich begabte Jugendliche müssen stärker gefördert werden.

Freiheit und Verantwortung: Die große Mehrzahl der Jugendlichen verbindet heute individuelle Lebensgestaltung mit dem Wunsch, sich stärker in der Gesellschaft zu engagieren und deren Entwicklung eigenverantwortlich mitzugestalten. Die Bundesregierung will daher die Möglichkeiten der Teilhabe stärken und darauf hinwirken, das Angebot an Beteiligungsformen mehr an die Wünsche der Jugendlichen anzupassen.

Jede freiheitliche Gesellschaft braucht die Verantwortung seiner Bürgerinnen und Bürger für die Werte des Gemeinwesens. Unsere demokratische Kultur ist das Ergebnis dauernden bürgerschaftlichen Engagements und wertegeleiteten staatlichen Handelns. Zentrale Aufgabe von Familie und Bildungseinrichtungen ist es dabei, Demokratie für Jugendliche erfahrbar, erlebbar und nachvollziehbar zu machen.

Eltern und Schulen müssen nicht nur Wissen, sondern auch Werte und Regeln vermitteln. Jugendliche brauchen Freiräume zur Entfaltung, sie brauchen aber auch klare und verbindliche Grenzen. Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaat beruhen auf einer Balance von Rechten und Pflichten.

Jugendliche wollen heute in ihrer ganz großen Mehrheit eine gerechte Gesellschaft, die frei, friedlich und tolerant ist. Die große Mehrzahl lehnt Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt ab. Das aktive Engagement der jungen Generation für die Grundwerte unserer weltoffenen Demokratie gilt es weiter zu fördern und ihre interkulturellen Kompetenzen zu stärken, die im zusammenwachsenden Europa und einer zunehmend international ausgerichteten Wirtschaft immer wichtiger werden. Es gilt auch, das gegenseitige Verständnis über unterschiedliche kulturelle und religiöse Hintergründe und den Dialog hierüber zu fördern, um ein friedliches Zusammenleben in Deutschland dauerhaft zu ermöglichen.

Jugend und Zukunft: Eine Gesellschaft nimmt ihre Jugend nur dann wirklich ernst, wenn die Interessen der Jüngeren in die Vorbereitung der Zukunft einbezogen werden. Die Bundesregierung verfolgt aus diesem Grunde vom Schutz der Umwelt bis zur Sanierung der öffentlichen Haushalte eine nachhaltige Politik. Ziel ist es, die Generationengerechtigkeit zu fördern: Der Jugend müssen mindestens ebenso gute Chancen eingeräumt werden wie den vorangegangenen Generationen.

Die Bundesregierung wird daher Jugendpolitik künftig noch stärker als Querschnittspolitik umsetzen:

- die Leistungen für Jugendliche durch einzelne Ministerien werden mehr als bisher ressortübergreifend gebündelt und koordiniert;
- die Zusammenarbeit der politischen und gesellschaftlichen Institutionen wird verbessert. Angestrebt wird die engere Kooperation mit Ländern, Kommunen, Wirtschaft und Verbänden. Durch die Vernetzung aller Akteure sollen neue Handlungsansätze entstehen;
- Jugendliche werden stärker in die Entwicklung und Durchführung sie betreffender Projekte einbezogen.

Die Bundesregierung setzt in ihrer jugendpolitischen Initiative auf Partnerschaft und Dialog. Ziel ist eine breite Allianz mit der Jugend.

II. Das Aktionsprogramm „Chancen für die Jugend“

1. Jugend und Arbeit – Zukunftschancen verbessern

Erwerbsarbeit sichert die materiellen Lebensgrundlagen und trägt wesentlich zur Zufriedenheit junger Menschen bei. Die Bundesregierung hat daher den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu einem Schwerpunkt gemacht. Zugleich unternimmt sie verstärkte Anstrengungen, um möglichst alle Jugendlichen an der wirtschaftlichen Dynamik teilhaben zu lassen.

Dauerhafte Beschäftigungsfähigkeit ist für die Zukunftschancen von Jugendlichen und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Beschäftigungsfähigkeit stellt sich aber nicht von selbst ein. Sie erfordert

- die Sicherung der Ausbildungschancen für die Jüngeren,
- die Möglichkeit, erworbenes Wissen in anschließender Beschäftigung anwenden zu können,
- die dauernde Weiterqualifikation in allen Kompetenzbereichen und
- die Vermittlung von Fähigkeiten des „self-management“ und „self-marketing“.

Ein erfolgreicher Einstieg in die Arbeitswelt hilft jungen Menschen in einer entscheidenden Phase ihres persönlichen Entwicklungsprozesses. Er vermeidet Arbeitslosigkeit mit allen ihren Folgen – wie beispielsweise Perspektivlosigkeit und gesellschaftliche Isolation.

Jugendarbeitslosigkeit abbauen: Deshalb hat die Bundesregierung unmittelbar nach dem Regierungswechsel das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit („JUMP“) aufgelegt. Hierfür stehen jährlich 2 Milliarden Mark zur Verfügung. Seit 1999 sind rund 333 000 junge Menschen gefördert worden. Junge Frauen werden dabei entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit Jugendlicher berücksichtigt. 50 Prozent der Mittel werden inzwischen für Jugendliche in den neuen Bundesländern eingesetzt. Das Programm hat Erfolg: Die Jugendarbeitslosigkeit sank und lag im Jahre 2000 auf dem niedrigsten Stand seit 1992. Dennoch bestehen gerade in den neuen Bundesländern weiter große Probleme. Deshalb wird das Jugendsofortprogramm bis Ende 2003 weitergeführt. Bewährte Instrumente werden ab 2004 in das Recht der Arbeitsförderung übernommen.

Qualifizierung fördern: Qualifikation wird auch durch Maßnahmen der Arbeitsförderung vermittelt. Neben der Integration in den Arbeitsmarkt helfen diese Maßnahmen auch gezielt beim Erwerb berufsbildender Abschlüsse.

- Im Jahr 2000 wurden rund 52 000 Jugendliche unter 25 Jahren mit berufsvorbereitenden Maßnahmen gefördert;
- davon waren 40 Prozent Mädchen und junge Frauen.

Die Arbeitswelt verändert sich: Tätigkeitsstrukturen haben sich bereits in den letzten Jahren stark gewandelt. Der Dienstleistungssektor verzeichnete einen immer stärkeren Beschäftigungszuwachs und verspricht auch künftig weitere Beschäftigungsgewinne. Der Trend geht zu den „sekundären“ Dienstleistungen, z. B. Forschung, Entwicklung, Beratung und Management. Steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen und eine insgesamt „alternde Gesellschaft“ lassen auch personenbezogene Dienstleistungen immer bedeutsamer werden. Hier bieten sich den heute Jungen gute Beschäftigungschancen.

Der IT-Bereich ist die Schlüsselbranche des 21. Jahrhunderts. Die schnelle technologische Entwicklung und das rasante Wachstum der Branche gehen einher mit einem erheblichen Mangel an IT-Fachkräften. Deshalb hat die Bundesregierung gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften die IT-Fachkräfteoffensive des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit weiter entwickelt und im März 2000 das „Sofortprogramm zur Deckung des IT-Fachkräftebedarfs“ verabschiedet:

- Bis 2005 sollen zusätzlich 350 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für IT-Tätigkeiten gewonnen werden.
- Die Bundesregierung treibt gemeinsam mit Wirtschaft und Sozialpartnern die Entwicklung eines neuen Systems der IT-Weiterbildung voran.
- Die Bundesregierung hat Projekte gestartet, die auf eine deutliche Erhöhung des Frauenanteils in der IT-Beschäftigung zielen. Insbesondere werden Informations- und Aufklärungskampagnen für Schülerinnen durchgeführt.
- Die Bundesanstalt für Arbeit hat ihre IT-spezifischen Weiterbildungsmaßnahmen ausgeweitet, die auch Jugendlichen offen stehen.
- Gemeinsam mit den Ländern hat die Bundesregierung im Sommer 2000 für die Weiterentwicklung des Informatikstudiums ein mit 100 Mio. DM dotiertes Sonderprogramm gestartet, das mehr jungen Menschen bessere akademische Ausbildungsmöglichkeiten im Informatikbereich bieten soll.
- Mit der „Green Card“ können ausländische IT-Spitzenfachkräfte leichter nach Deutschland kommen. Damit sind auch zusätzliche Beschäftigungschancen im Inland eröffnet worden: Im Durchschnitt entstehen durch jeden „Green Card“-Inhaber weitere 2,5 Arbeitsplätze zusätzlich. Weltoffenheit zahlt sich so aus: Der IT-Sektor bietet gute Berufschancen für qualifizierte Jugendliche.

Die Globalisierung der Wirtschaft und die umwälzenden Veränderungen durch die modernen Kommunikationstechnologien verändern Arbeitsanforderungen ständig. Die Nachfrage nach Fachkräften steigt im hoch qualifizierten Bereich und im Dienstleistungssektor. Die Zahl der Arbeitsplätze, für die keine formale Qualifizierung erforderlich ist, nimmt immer stärker ab.

Berufsvorbereitung verbessern: Junge Menschen müssen daher durch rechtzeitig einsetzende Bildungs- und Lerninitiativen auf diese Anforderungen der zukünftigen Arbeitswelt vorbereitet werden. Qualifizierung für Jugendliche ist effizienter und an den Bedürfnissen der Jugend orientiert zu gestalten. Nur wenn die Jugendlichen heute optimal auf das Arbeitsleben vorbereitet werden, haben sie morgen Chancen zur umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe:

- Flexibilität ist gefragt und erfordert neue Formen des Lernens. Gefordert sind Fachkenntnisse verbunden mit sozialer und emotionaler Intelligenz, Fremdsprachenkenntnisse verbunden mit interkultureller Kompetenz sowie die Fähigkeit zu selbstständigem lebensbegleitendem Lernen.

  Ein einmal erlernter Beruf ist keine Garantie für lebenslange Beschäftigung mehr. Gelernt wird heute zunehmend im außerschulischen Bereich, in Weiterbildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz, auch weltweit und multimedial im Internet.
- Jugendliche müssen früher und intensiver als bisher auf den Übergang von der Ausbildung in den Beruf vorbereitet werden. Alle Schulformen müssen sich stärker für die Arbeitswelt öffnen. Ein besonderer Schwerpunkt muss bei der Berufsorientierung für junge Frauen gesetzt werden.

Die Bundesregierung strebt an, dass allen arbeitslosen Jugendlichen innerhalb von sechs Monaten nach Eintritt der Arbeitslosigkeit ein Arbeitsplatz, eine Ausbildung, eine Umschulung, der Erwerb von Berufserfahrung oder eine andere, die Beschäftigungsfähigkeit fördernde Maßnahme ermöglicht wird. Individuelle Eingliederungsvereinbarungen werden für die Bereitstellung entsprechender Angebote sorgen.

Geringqualifizierte fördern: Nicht alle jungen Menschen werden in Zukunftsbranchen arbeiten können. Nimmt ein Jugendlicher eine geringqualifizierte Beschäftigung auf, ist dies besser als Arbeitslosigkeit. Doch müssen hier zur Stabilisierung der Beschäftigung Weiterbildungsangebote bereitgestellt werden.

Für ungelernte und geringqualifizierte junge Beschäftigte wird daher ein neues Förderinstrument für berufliche Qualifizierung geschaffen. Wenn Arbeitgeber junge Beschäftigte für eine Qualifizierung freistellen und das Gehalt weiterzahlen, soll ihnen künftig der Lohn teilweise erstattet werden. Die Sozialpartner ihrerseits werden für eine deutliche Erhöhung der Beteiligung an betrieblicher Weiterbildung sorgen und dabei besonders auch junge Ungelernte berücksichtigen.

Arbeitszeit flexibilisieren: Flexible und persönlich zugeschnittene Arbeitszeiten steigern die Zufriedenheit mit der geleisteten Arbeit sowie deren Qualität. Sie tragen zur besseren Vereinbarkeit mit anderen wichtigen Lebenszielen wie etwa Partnerschaft, Familie oder Weiterbildung bei.

Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit hat die Initiative zu einer flexibilisierten Arbeitszeitpolitik ergriffen und dabei schon viel erreicht: In zahlreichen Tarifverträgen sind mittlerweile entsprechende Vereinbarungen getroffen worden. Sie ermöglichen es, die eigenen Vorstellungen von Lebens- und Freizeitgestaltung mit dem Beruf zu vereinbaren.

Arbeitsqualität und -zufriedenheit sicherzustellen betrifft zwar vor allem die Tarif- und Betriebsparteien. Die Bundesregierung wird aber den Ausbau einer flexibilisierten und investiven Arbeitszeitpolitik (Arbeitszeitkonten, Sabbaticals), den verstärkten Einsatz von Teilzeitbeschäftigten und befristeter Arbeitsverträge weiter unterstützen. Außerhalb des klassischen „Normalarbeitsverhältnisses“ können sich so im Interesse von Unternehmen und Beschäftigten gleichermaßen neue Arbeitsformen etablieren. Beispielsweise können Arbeitszeitmodelle vereinbart werden, die die Beschäftigten für längere Zeitabschnitte von der Arbeitsleistung freistellen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten so die Gelegenheit, die Freistellungsabschnitte nach ihren Wünschen zu nutzen und zu gestalten, auch etwa zur Weiterbildung. Solche flexiblen Arbeitszeitmodelle können jungen Menschen zusätzliche Perspektiven zum Berufseinstieg und zum beruflichen Fortkommen öffnen.

2. Der Einstieg entscheidet: Ausbildung für alle Jugendlichen

Die Bundesregierung hat die berufliche Ausbildung im „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ vorangetrieben. Ziel ist es, zusammen mit den Bündnispartnern und den Ländern alle Instrumente zur Verwirklichung des Grundsatzes „Berufsausbildung für alle“ von der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung, über die Ausbildungsförderung bis zur Nachqualifizierung weiterzuentwickeln und effektiver zu gestalten.

Trendwende erreicht: Der erfolgreiche Ausbildungskonsens des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit hat die Trendumkehr erreicht. Zum ersten Mal seit 1995 überstieg im Ausbildungsjahr 1999/2000 die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen die Zahl der noch nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerber. Der Ausbildungskonsens hat im Jahr 2000 zu einem deutlichen Wachstum von über 14 000 betrieblichen Ausbildungsplätzen geführt.

Einen erheblichen Mangel an Ausbildungsplätzen gibt es aber nach wie vor in Ostdeutschland. Neben dem JUMP-Programm unterstützen daher gemeinsame Ausbildungsplatzsonderprogramme der Bundesregierung und der neuen Länder die Berufsausbildung Jugendlicher. Im Jahr 2001 werden 16 000 zusätzliche Ausbildungsplätze eingerichtet. Darüber hinaus legen die Länder eigene Programme im Umfang von rund 8 000 Plätzen auf. Die Programme werden bis 2004 fortgeführt.

Durch das Sonderprogramm „Lehrstellenentwickler“ wurden im Jahr 2000 rund 19 400 zusätzliche betriebliche Lehrstellen eingeworben. Bis zum Ende der Laufzeit (31. Dezember 2003) wird der Bund insgesamt rund 160 Millionen Mark für die Schaffung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze durch die Lehrstellenentwickler ausgeben.

Ende 1999 wurde das Projekt „Regionalberatung zur Sicherung und Weiterentwicklung des Ausbildungsplatzangebotes in den neuen Ländern“ gestartet. Dieses Programm unterstützt die Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation, insbesondere in den neuen Ländern.

Unter Berücksichtigung des vorhandenen Aus- und Weiterbildungs-Know-hows wird in jedem der neuen Länder ein landes- und regionalspezifisches IT-Bildungsnetzwerk installiert und begleitet. Ziel ist dabei auch, weitere regionale Aktivitäten in den neuen Ländern zum Abbau des IT-Fachkräftemangels in Gang zu setzen.

Ausbildung modernisieren: Allein in den letzten beiden Jahren wurden 36 bestehende Ausbildungsberufe modernisiert und 7 neue Berufe geschaffen. In diesem Jahr können voraussichtlich weitere 11 Ausbildungsordnungen (davon 8 mit modernisierter Ausbildungsordnung und drei neue) in Kraft treten.

Die Modernisierung der Berufsausbildung muss weiter vorangebracht werden. Das Spektrum zukunftsträchtiger Berufe ist weiter auszuweiten. Die Flexibilität der Berufsausbildung kann durch Wahlpflichtbausteine, Differenzierung der Ausbildung und Zusatzqualifikationen erhöht werden.

Mehr Ausbildungsplätze mobilisieren: Immer noch bilden zu wenig Betriebe selbst aus. Zurzeit sind nur 57 Prozent aller Betriebe ausbildungsberechtigt. Daher müssen die Erfolge des Ausbildungskonsenses weiter verfestigt werden. Regionale Ausbildungskonferenzen der Partner im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit im Frühjahr und im Herbst jedes Jahres werden weitere Ausbildungsplätze mobilisieren.

Es müssen mehr Betriebe zur Ausbildung befähigt werden. Gerade kleine und mittlere Unternehmen haben oft nicht die Möglichkeit auszubilden. Hier sind Instrumente wie Ausbildungsverbünde der richtige Weg.

IT-Kompetenz verbessern: Die IT-Kompetenz der Jugendlichen ist weiter zu verbessern. Dies erfordert in erster Linie eine nachhaltige Integration der neuen Medien in die Bildung, insbesondere auch in die berufliche Aus- und Weiterbildung.

Zentrale Aufgabe der Zukunft ist es die informationstechnischen Ausstattungen der Berufsschulen zu verbessern, didaktisch hochwertige Bildungssoftware bereitzustellen und die Ausbildung von IT-Lehrkräften zu intensivieren. Die Entwicklung von Bildungssoftware für den Bereich berufliche Bildung wird im Rahmen des von der Bundesregierung im Frühjahr 2000 gestarteten Programms „Neue Medien in der Bildung“ vorangetrieben. Hierfür stehen im Zeitraum 2000 bis 2004 ca. 100 Mio. DM zur Verfügung. Um die informationstechnische Ausstattung der Berufsschulen zu verbessern, stellt die Bundesregierung bis 2002 zusätzlich 255 Mio. DM bereit. Die von einigen Bundesländern bereits eingeleiteten Initiativen zur Intensivierung der Ausbildung von IT-Lehrkräften werden von der Bundesregierung begrüßt.

Auch die Wirtschaft ist gefordert: nachdem die Zielmarke von 40 000 Ausbildungsplätzen in den IT-und Medienberufen bereits vorzeitig erreicht wurde, Ausbildungsplätze zu realisieren.

Chancengleichheit für Mädchen und junge Frauen durchsetzen: Im Hinblick auf die Nutzung der verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten und Wege zeigen sich nach wie vor deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Mit einem Anteil von nur knapp 14 Prozent an den IT-Berufen und 17 Prozent im Studienfach Informatik sind junge Frauen deutlich unterrepräsentiert. Die Bundesregierung arbeitet in der Initiative „D 21“ gemeinsam mit führenden Unternehmen der Informationsbranche daran, junge Frauen stärker an den Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten teilhaben zu lassen. Ziel ist, bis zum Jahr 2005 den Frauenanteil an IT-Berufsausbildungen und Informatikstudiengängen auf 40 Prozent zu steigern und eine 50-prozentige Internetbeteiligung sicherzustellen.

Neuen Bedarf früher erkennen: Zur Vermeidung des Fachkräftemangels werden von der Bundesregierung zusammen mit den Sozialpartnern Früherkennungssysteme entwickelt, die qualitative und quantitative Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt signalisieren. Sie sollen zu rechtzeitiger Anpassung bei Quantität und Qualität der Ausbildung führen.

Berufsorientierung und Berufsvorbereitung fördern: Praktika und umfassende Berufsorientierung sowie Berufsberatung bereits während des Schulbesuchs werden immer wichtiger. Mit dem Programm „Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben“ wurden bereits wichtige Grundlagen gelegt. Jeder Jugendliche ab der 8. Klasse sollte dabei unterstützt werden, eine persönliche Berufsorientierung zu entwickeln. Die enge Kooperation zwischen Schule, regionaler Wirtschaft und Arbeitsamt ist ein wichtiger Meilenstein auf diesem Weg.

Für die berufliche Entwicklung von Jugendlichen mit schlechteren Startchancen ist die gezielte Berufsvorbereitung von entscheidender Bedeutung. Mit dem Programm „Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf“ (BQF) wird die Bundesregierung das vorhandene Förderangebot weiterentwickeln und ggf. ergänzen, um noch bessere Erfolge bei der Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Beschäftigung zu erzielen.

3. In Zukunft investieren – bessere Bildung, gerechte Zugänge

Bildung und Qualifizierung sind entscheidende Grundlagen für die Berufs- und Lebenschancen der Jugendlichen. Sie dienen aber auch der Persönlichkeitsbildung, der Entwicklung von Orientierungsfähigkeit und sind Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe. In der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts wird die Bedeutung von Bildung noch zunehmen. Daher müssen alle verfügbaren Begabungen gefördert werden. Die Bundesregierung setzt sich für gleiche Chancen aller Jugendlichen ein.

Deutschland verfügt über ein differenziertes Bildungs- und Erziehungssystem mit ausgezeichneten Qualifizierungsmöglichkeiten. Dennoch besteht Handlungsbedarf, um junge Menschen fit für die Informationsgesellschaft und den internationalen Wettbewerb zu machen. So liegt die Zahl der Studienanfänger heute mit 28 Prozent deutlich unter dem internationalen Durchschnitt. Im Vergleich dazu nehmen etwa in den USA 44 Prozent aller Jugendlichen nach der Schule ein Studium auf.

Investitionen in Bildung: Die Bundesregierung hat daher eine Bildungsoffensive gestartet und die Ausgaben für Bildung und Forschung im Jahr 2001 zum dritten Mal in Folge deutlich erhöht. Auch die Investitionen in die Modernisierung der Hochschulen wurden gesteigert.

Reformen anstoßen: Ziel ist es, möglichst alle Jugendlichen auf dem Weg in die Wissensgesellschaft mitzunehmen, die unterschiedlichen Begabungen zu fördern und Benachteiligungen auszugleichen. Die Bundesregierung hat vor allem als Ideengeber, Moderator und Koordinator im Bündnis für Arbeit und in der Initiative „D 21“ sowie der Initiative „Schulen ans Netz“ wichtige Reformprozesse in Gang gesetzt und durch die Erweiterung der Ausbildungsmöglichkeiten Jugendlichen Zukunftschancen eröffnet.

Weitere Schritte sind erforderlich: So sollten die Schulen sich künftig stärker gegenüber ihrem sozialen Umfeld und der Arbeitswelt öffnen, die Zusammenarbeit mit außerschulischen Einrichtungen wie etwa Jugendzentren, Vereinen und Betrieben ausweiten. Die Bundesregierung will darauf hinwirken, dass alle Bildungseinrichtungen künftig mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung erhalten. Auch die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer soll den Aufgaben in einer sich rasch verändernden Welt angepasst werden.

Um das Bildungswesen zeitgemäß weiterzuentwickeln, wurde von der Bundesregierung das „Forum Bildung“ initiiert. Gemeinsam mit den Ländern, Vertretern der gesellschaftlichen Gruppen, den Kirchen und der Wissenschaft sowie Jugendlichen sollen Vorschläge erarbeitet werden, welche die Qualität und Leistungsfähigkeit unseres Bildungswesens im internationalen Vergleich fördern.

Ausbildungsförderung verbessert: Wir wollen die Studierneigung der vielen talentierten jungen Menschen in unserem Land nachhaltig erhöhen. Dabei darf es nicht der Geldbeutel der Eltern sein, der über die Karrieren und Zukunftschancen junger Menschen bestimmt. Deshalb hat die Bundesregierung eine BAföG-Reform auf den Weg gebracht, die den Namen auch verdient. Durch die zum 1. April 2001 in Kraft getretene grundlegende Reform werden voraussichtlich mehr als 80 000 Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten zusätzlich Anspruch auf BAföG erhalten. Die Bundesregierung hat hierfür jährlich rund 1,3 Milliarden Mark mobilisiert.

Reform der Hochschulen: Die Hochschulen brauchen mehr Autonomie und mehr Eigenverantwortung, um im internationalen Wettbewerb durch Profilbildung, flexible Entscheidungsstrukturen und effizienten Mitteleinsatz weiter eine Spitzenstellung einnehmen zu können. Dem hat das neue Hochschulrahmengesetz von 1998 Rechnung getragen. Es hat die Einführung einer leistungsorientierten Hochschulfinanzierung, die Evaluation der Leistungen in Forschung und Lehre sowie ein modernes Hochschulmanagement ermöglicht. Durch Einführung der international kompatiblen und gestuften Abschlussgrade Bachelor und Master und einem Leistungspunktsystem werden die Studienstrukturen neu gestaltet. Mittlerweile gibt es bereits 765 Studienangebote mit den neuen Abschlüssen Bachelor bzw. Master im grundständigen Studium. Sie ermöglichen ein überschaubareres und kürzeres Studium.

Die Bundesregierung unterstützt die Hochschulen bei der Schaffung neuer internationaler Studienangebote in den Modellprojekten „Modularisierung“, „Neue Studiengänge“ und „Leistungspunktsysteme an Hochschulen“. Zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit und Steigerung der Qualität der Hochschulen wurde zudem eine umfassende Reform der Personalstruktur und des Dienstrechts in Angriff genommen.

Fördern durch Fordern: Deutschland ist darauf angewiesen, seine besonders begabten jungen Menschen gezielt zu fördern. Die Bundesregierung hat daher die Unterstützung der elf Begabtenförderungswerke im Bereich der Hochschulen ausgebaut, um besonders begabte Studierende und Promovierende insbesondere aus sozial schwächeren Schichten zu unterstützen.

4. Fit für die Informationsgesellschaft – Medienkompetenz für alle

Der Einsatz neuer Medien hat den Alltag der Jugendlichen in Schule, Beruf und im privaten Leben stark verändert. Der kompetente Umgang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien wird immer mehr zu einer unverzichtbaren Schlüsselqualifikation, um die Chancen in der Wissensgesellschaft nutzen zu können.

Die Bundesregierung tritt für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit in der Informationsgesellschaft ein. Ziel ist es, die intelligente Benutzung von Computer und Internet für alle jungen Menschen in Schule, Ausbildung und im Beruf zur Selbstverständlichkeit zu machen. Allen Jugendlichen müssen dabei gleiche Bildungschancen eingeräumt und der Zugang zu den neuen Medien eröffnet werden.

Unter dem Motto „Anschluss statt Ausschluss“ hat die Bundesregierung ihr Handlungskonzept „IT in der Bildung“ vorgestellt, für das im Zeitraum 2000 bis 2004 ca. 1, 4 Mrd. DM zur Verfügung gestellt werden.

Internetzugänge schaffen: Bis Ende 2001 werden alle Schulen und Berufsschulen im Rahmen der Initiative der Deutschen Telekom AG mit Internetzugängen ausgestattet. Die Internetanbindung aller Hochschulen ist über das Deutsche Forschungsnetz bereits realisiert. Mit Maßnahmen wie „Marktplatz für Schulen“, einer Online-Computerbörse, oder der „Aktion Kl@sse“, gibt die Bundesregierung dem privaten Sponsoring von Computern zusätzliche Impulse. Die Bundesregierung unterstützt die informationstechnische Ausstattung der Berufsschulen und im Rahmen der Hochschulförderung die Vernetzung der Hochschulen. Auch hat sie die Ausstattung von 1 200 öffentlichen Büchereien mit Medienecken gefördert.

Aber nicht nur in der Schule, sondern auch in der außerschulischen Jugendarbeit spielt das Internet eine immer größere Rolle. Die Bundesregierung wird deshalb die Initiative „Jugendarbeit ans Netz“ starten, um die Internet-Ausstattung in Jugendfreizeiteinrichtungen zu verbessern. Auch hier setzen wir im Rahmen von Public Private Partnership auf Kooperation mit der Wirtschaft.

Auch die Arbeitsämter gehen beispielhaft voran: Sie werden bis zum Jahresende 2002 flächendeckend mit Internet-Centern ausgestattet. Gerade auch arbeitslose Jugendliche können damit das Internet zur Ausbildungsplatz- und Jobsuche nutzen.

Bildungssoftware entwickeln: Der Einsatz neuer Medien im Unterricht und die Einführung von Mediendidaktik in die Lehrerausbildung und -fortbildung sind der richtige Weg. Damit der PC im Unterricht so selbstverständlich wird wie Lehrbuch und Wandtafel, bedarf es erstklassiger Bildungssoftware. Die Bundesregierung hat bei der Entwicklung hochwertiger Lehr- und Lernsoftware einen weiteren Schwerpunkt gesetzt und stellt hierfür bis zum Jahr 2004 über 600 Millionen DM zur Verfügung.

Medienkompetenz stärken: Die Bundesregierung räumt der Stärkung der Medienkompetenz bei allen Jugendlichen hohe Priorität ein. Dabei geht es nicht nur darum, Computer und Internet technisch zu beherrschen. Die Jugendlichen müssen auch lernen, mit der wachsenden „Informationsflut“ umzugehen: aus der Vielfalt der Angebote sinnvoll auszuwählen, die Auswahl kritisch zu beurteilen, um sie anschließend aktiv nutzen zu können. Computer und Internet müssen Hilfsinstrumente des Lernens und der Kommunikation bleiben, sie dürfen nicht zum Ersatz dafür werden.

Die Bundesregierung wird für neue Möglichkeiten der politischen Beteiligung im Internet werben. Zugleich wird mit öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen die Sensibilität für undemokratische und inhumane Inhalte geschärft. Im Rahmen der Neuregelung des gesetzlichen Jugendmedienschutzes sollen relevante Angebote im Internet überprüft und sanktioniert werden.

5. Aktivierende Hilfen: Neue Perspektiven schaffen

Die Lebensrealität eines Teils der jungen Generation ist durch schwierige soziale Rahmenbedingungen geprägt. Die Bundesregierung fördert die Integration mit gezielten Hilfen und erwartet dabei die aktive Mitwirkung der Jugendlichen und ihrer Eltern. Erst im Verbund mit allen Beteiligten des sozialen Umfelds kann es gelingen, den Jugendlichen dauerhaft Kompetenzen zu vermitteln, die ihnen wieder Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt ermöglichen.

Jugendliche sind vor allem in sozial schwachen Regionen von mangelhaften oder fehlenden Bildungs-, Ausbildungs- und Unterstützungsmöglichkeiten betroffen. Die Bundesregierung hat aus diesem Grund im Rahmen der Bund-Länder-Initiative „Soziale Stadt“ das Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) aufgelegt. Damit wird erstmals die Jugendhilfe mit der Sozial-, Arbeits- und Wohnungsbaupolitik verbunden und die Zusammenarbeit mit anderen Trägern der Jugendarbeit gefördert. Die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen sollen dadurch wirkungsvoller als bisher verbessert werden. Das Programm wird zurzeit in 215 städtischen Quartieren und 13 strukturschwachen ländlichen Räumen durchgeführt.

Neues Fünf-Jahres-Modellprogramm: Die berufliche und soziale Integration junger Menschen in sozialen Brennpunkten kann nur dann gelingen, wenn sie entsprechend gefördert und gefordert werden. Notwendig ist deshalb die gezielte Förderung von individuellen Kompetenzen und sozialen Schlüsselqualifikationen. Mit entsprechenden Assessmentverfahren, Coaching und individueller Hilfeplanung sollen Maßnahmen aus unterschiedlichen Bereichen und Strukturen so aufeinander abgestimmt, kombiniert und zusammengeführt werden, dass die Stärken und Kompetenzen der Jugendlichen individuell aktiviert werden. Die Bundesregierung wird dazu ein Fünf-Jahres-Modellprogramm auflegen.

Zusammenarbeit stärken: Staatliche Hilfe alleine ist aber keine Lösung bei den komplexen Problemen in sozial schwachen Regionen. Erst wenn alle Beteiligten des sozialen Umfelds zusammenarbeiten, erst im Verbund von staat-

licher Hilfe und dem aktiven zivilen Engagement von Eltern, Geschäftsleuten, Pädagogen, Polizei und Sozialarbeit kann es gelingen, über Projekte, Qualifizierung und ein Klima des Vertrauens Jugendlichen bessere Chancen zu ermöglichen. Die Bundesregierung fordert daher alle Träger der Jugendarbeit auf, ihre Angebote auf die Wirksamkeit hin zu überprüfen und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit in regionalen Bündnissen noch stärker zu nutzen.

Prävention erhalten: Wer benachteiligte Jugendliche fördern will, der muss frühzeitig zielorientierte und flexible Angebote machen. Es gilt die Entwicklungschancen zu stärken, bevor Auffälligkeiten oder Fehlverhalten aus einem jungen Menschen einen „Jugendhilfefall“ machen. Solche Ansätze sind inzwischen in vielen Bereichen selbstverständlich, wie mobile Jugendarbeit oder gewaltpräventive Ansätze belegen. Um die Drogen- und Suchtprävention als Gemeinschaftsaufgabe vor Ort zugunsten von Kindern und Jugendlichen zu stärken, wird die Bundesregierung gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden einen Wettbewerb um vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention ausschreiben.

Der präventive Ansatz des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) ist aufgrund der Situation in den kommunalen Haushalten vielfach infrage gestellt. Dies gilt besonders für die Bereiche offene Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit. Trotz der Haushaltszwänge müssen die Angebote, die jungen Menschen Perspektiven bieten und die effizient gestaltet sind, die notwendige Unterstützung durch Kommunen, Länder, und im Modellfall durch den Bund erhalten. Die Bundesregierung wird ihre Förderung im bisherigen Rahmen fortsetzen.

Soziale Integration fördern: Die Bundesregierung ist der Überzeugung, dass bei der Integration in eine Gesellschaft, in der Menschen unterschiedlicher ethnischer, sozialer und kultureller Herkunft zusammentreffen, Bildung und Erziehung einen hohen Stellenwert haben. Gelungene Integration setzt die Bereitschaft aller Beteiligten voraus.

Für Migrantinnen und Migranten müssen differenzierte und umfassende Maßnahmen zur Integration angeboten werden. Vorhandene Defizite in der Beherrschung der deutschen Sprache und bei der beruflichen Qualifikation wollen wir abbauen. Künftig sollen alle Zuwanderer mit einer dauerhaften Aufenthaltsperspektive gleich behandelt und die Förderung am individuellen Integrationsbedarf ausgerichtet werden.

Zur umfassenden sozialen Integration hier lebender junger Menschen mit Migrationshintergrund müssen bestehende Leistungen und Hilfen für Kinder und Jugendliche geöffnet werden. Hier bedarf es auch der stärkeren Ausbildung interkultureller Kompetenzen sowohl der jungen Migrantinnen und Migranten als auch der politisch und administrativ Handelnden.

6. Familie und Beruf in der Balance

Für Jugendliche ist die Familie stabiler und maßgeblicher Bestandteil ihres täglichen Lebens. Ihre Entwicklung zu eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten hängt stark davon ab, welche Erfahrungen sie in der Familie machen. Dort werden jene Werte und Regeln des Zusammenlebens vermittelt, die für ihre persönliche, aber auch für die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidend sind. Die Bundesregierung fördert daher mit einer familienfreundlichen Politik den sozialen Zusammenhalt und setzt sich für eine bessere Vereinbarkeit von Arbeitswelt und Familienleben ein.

Jugendliche sind heute in ihren Familien mehrheitlich zufrieden. Sie erleben ihre Eltern mehr denn je als Vertrauenspersonen und Partner, die sie beraten und unterstützen. Bei den eigenen Lebensentwürfen der Jugendlichen stehen Familie und Beruf gleichwertig an erster Stelle. Sie wünschen sich dabei mehrheitlich eine echte Partnerschaft – auch bei der Kindererziehung und in der Hausarbeit. Die Anforderungen von Familie und Beruf sollen sich gleichberechtigt vereinbaren lassen, auch wenn viele Jugendliche in ihren Familien erleben, wie schwer dies oft fällt. Politisches Ziel der Bundesregierung ist es daher, jungen Menschen die Entscheidung für Familie und Kinder wieder zu erleichtern.

Familien unterstützen: Die Bundesregierung hat für Familien den finanziellen Spielraum erhöht. Das Kindergeld wurde in drei Schritten um insgesamt 960 Mark jährlich pro Kind angehoben. Familien mit geringen und mittleren Einkommen sind durch das Steuerentlastungsgesetz finanziell besser gestellt worden.

Die Reform des Erziehungsurlaubs, der jetzt Elternzeit heißt, hat bessere Rahmenbedingungen für Eltern geschaffen. In den ersten drei Lebensjahren können sie nun ihr Kind gemeinsam betreuen ohne beruflich den Anschluss zu verlieren. Durch den neuen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit sind die Rahmenbedingungen für eine Balance zwischen Familie und Arbeit verbessert worden.

Betreuungsangebote ausbauen: Die Bundesregierung wird sich gemeinsam – soweit ihre Zuständigkeit in diesem Bereich reicht – mit Ländern, Kommunen und der Wirtschaft dafür einsetzen, dass Deutschland bei der Betreuung von Kindern jeden Alters europäischen Standard erreicht. Ein Angebot vielfältiger Ganztagsbetreuung für Kinder aller Altersgruppen ist wichtig: in Kindergärten, in Ganztagsschulen, in Kombination mit Vereins-, Jugendhilfe- und Verbändeangeboten am Nachmittag.

Mit einer familienfreundlichen Politik kann jungen Menschen die Entscheidung für Kinder erleichtert werden. Sie fördert die partnerschaftliche Aufgabenverteilung zwischen den Eltern und ermöglicht eine höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen. Die Bundesregierung will, dass Deutschland künftig als familienfreundlicher Standort überzeugt. Der Kurswechsel zu einer familiengerechten Arbeitswelt führt über familienfreundliche Arbeitszeiten bis zu einer familienfreundlichen Personalpolitik. Weil er nur gemeinsam mit den Sozialpartnern gelingen kann, wird die Bundesregierung im Verbund mit Unternehmen und Gewerkschaften weiter daran arbeiten, Familie und Arbeitswelt zu harmonisieren.

7. An die Zukunft denken – Nachhaltigkeit durchsetzen

Die junge Generation erwartet Nachhaltigkeit bei der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Das bedeutet: so zu leben und zu wirtschaften, dass die jungen und zukünftigen Generationen gute und dauerhaft gesicherte Chancen haben. Die Bundesregierung ist der Überzeugung, dass heute die Weichen gestellt werden müssen, damit nachfolgende Generationen in einer gesunden Umwelt leben können und ebenso gute Chancen auf Bildung, Arbeit und Wohlstand haben.

Wichtige Projekte wurden seit dem Regierungswechsel 1998 vorangebracht:

– Der Ausstieg aus der Kernenergie ist besiegelt. Kernenergie ist eine nicht zukunftsfähige Form der Energieerzeugung. Die Vereinbarung zur geordneten Beendigung der Nutzung der Kernenergie wurde am 11. Juni 2001 von der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen unterzeichnet. Die Laufzeiten der bestehenden Kernkraftwerke werden begrenzt und Neugenehmigungen zum Bau von Kernkraftwerken werden nicht mehr erteilt.

– Klimaschutz und moderne Energieversorgung werden ausgebaut. Die Bundesregierung sagt auch, was an die Stelle der Kernkraftwerke treten soll. Im Mittelpunkt einer modernen Energieversorgung stehen Energieeinsparung, die Steigerung der Energieeffizienz und der Ausbau der erneuerbaren Energien. Diese werden gezielt gefördert. Diese Maßnahmen sind auch Bestandteil der Politik der Bundesregierung zum Schutz des Klimas. Wie im nationalen Klimaschutzprogramm vom 18. Oktober 2000 beschlossen, wird die Bundesregierung bis zum Jahre 2005 die klimaschädlichen CO_2-Emissionen im Vergleich zum Jahr 1990 um 25 Prozent verringern und damit international eine Vorreiterrolle zum Schutz des Weltklimas einnehmen.

– Im Naturschutz soll durch einen bundesweiten Biotopverbund mit mindestens 10 Prozent der Landesfläche das Überleben der heimischen Tier- und Pflanzenarten langfristig gesichert werden. Gleichzeitig soll die Landwirtschaft naturverträglicher gestaltet werden. Dies sind Kernpunkte des Bundesnaturschutzgesetzes, das die Bundesregierung im Mai 2001 beschlossen und dem Deutschen Bundestag vorgelegt hat.

Die Bundesregierung bleibt nicht bei diesen Maßnahmen stehen. Sie erarbeitet eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie, um die Zukunftschancen der jungen Generation zu sichern. Deren Kernpunkte sind erstens Klimaschutz und Energiepolitik, zweitens Umwelt, Ernährung und Gesundheit und drittens umweltverträgliche Mobilität. In allen Bereichen soll mit konkreten Projekten beispielhaft gezeigt werden, was Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit bedeutet. In diesem Zusammenhang werden auch Fragen einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung eine wichtige Rolle spielen. Bildung hat die Aufgabe, Wissen und Kompetenzen zu vermitteln, die zur Gestaltung eines nachhaltigen Lebens und Wirtschaftens sowie zur gesellschaftlichen Teilhabe und zum demokratischen Handeln befähigen.

Verbraucherbewusstsein stärken: Die eigene Jugend ist für Verbraucherinnen und Verbraucher ein besonderer Lebensabschnitt, weil in dieser Zeit ihre Konsumgewohnheiten geprägt werden. In dieser Phase ist dem vorbeugenden Gesundheitsschutz und der Aufklärung besondere Bedeutung beizumessen. Insbesondere Jugendlichen sollte ein nachhaltiges Konsumverhalten vermittelt werden.

Ziel muss es sein, dass die vor allem in der Agrarpolitik eingeleitete Neuausrichtung hin zu einer weit stärkeren Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsprinzipien mitgetragen und verstärkt wird durch das (Konsum)-Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher. Bei der Verbraucheraufklärung kommt es besonders darauf an, Jugendlichen altersgerechte Informationen anzubieten und ihnen den Zugang zu diesen Informationen – vor allem auf elektronischem Wege – zu ermöglichen. Themen wie eine gesunde Ernährung und Fragen der Lebensmittelsicherheit stehen dabei im Vordergrund.

Durch gezielte Forschungs- und Modellförderung zum Thema Ernährung und durch Informations- und Aufklärungskampagnen hat die Bundesregierung hier erste Akzente gesetzt, die konsequent weiter verfolgt werden sollen.

8. Mitreden und mitgestalten: mehr Teilhabe ermöglichen

Jugendpolitik der Zukunft heißt auch: mehr Mitsprache und Teilhabe der Jugendlichen, mehr Eigenverantwortung, mehr Flexibilität und Offenheit. Mit einem Wort: mehr Demokratie. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass die Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche ausgebaut werden.

Ein wichtiger Ort sozialer Teilhabe für Jugendliche sind die Netzwerke unserer Zivilgesellschaft – von den Angeboten der Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen oder Verbänden bis zu sozialen Initiativen und Freiwilligenbüros. Gerade junge Menschen engagieren sich dort im Vergleich zu anderen Altersgruppen überdurchschnittlich. Sie suchen zunehmend die Mitarbeit in zeitlich befristeten Projekten, wo sie ihre Kenntnisse erweitern und zugleich helfen können, gesellschaftliche Probleme zu lösen. Sie wollen Spaß haben, sich selbst verwirklichen, sich persönlich qualifizieren, verbunden mit erlebter Gemeinschaft. Die Nachfrage nach sinnvollen, flexiblen Projekten übersteigt zur Zeit das Angebot bei weitem.

Um Impulse für mehr und bessere Beteiligungsmöglichkeiten zu geben, startet die Bundesregierung im November eine „Bundesinitiative Beteiligungsbewegung“. Die Beteiligungsbewegung soll dorthin getragen werden, wo Jugendliche leben: in die Familien, Jugendfreizeiteinrichtungen, Schulen, Hochschulen, Ausbildungsstätten und Betriebe. Ziel ist es, Politik erlebbar und erfahrbar sowie die politischen Institutionen für Jugendliche transparenter und zugänglicher zu machen.

Teilhabe im Betrieb: Für junge Menschen in der Ausbildung ist ihr Betrieb ein wichtiger Ort, um sich einzubringen. Für die Teilhabe im Betrieb setzt die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes deutliche Akzente. Eine Vielzahl

neuer Möglichkeiten ermöglicht für junge Beschäftigte mehr Engagement in der Jugend- und Auszubildendenvertretung. Im Berufsbildungsgesetz sollen auch für jugendliche Auszubildende in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten erstmals Mitwirkungsmöglichkeiten verankert werden.

Neue Formen des Engagements entwickeln: Zu den Aktivposten unserer Gesellschaft zählen die Jugendverbände in ihrer ganzen Vielfalt. Für viele Jugendliche sind ihre Angebote interessanter und häufig auch qualifizierender Teil ihres Alltags. Gleichwohl fordert die gewachsene Konkurrenz kommerzieller Freizeitanbieter in Verbindung mit veränderten Lebensstilen auch die Jugendverbände neu.

Die Bundesregierung unterstützt die Träger der Jugendarbeit bei ihrer Suche nach zeitgemäßen Arbeitsformen bzw. Angeboten. Es ist wichtig, attraktive Einstiege z. B. über befristete Aktivitäten zu geben. Jedoch ist eine kontinuierliche, auch Verantwortung stiftende Form des Engagements für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unverzichtbar.

Freiwilligendienste ausbauen: Die Freiwilligendienste (z. B. Freiwilliges Soziales und Freiwilliges Ökologisches Jahr) leisten einen wichtigen Beitrag, um Jugendliche in unserer Gesellschaft zu beteiligen. Sie erhalten dort die Möglichkeit, sich sozial zu engagieren, praktische Solidarität zu üben sowie interkulturelle Erfahrungen zu sammeln. Die Beteiligung und die Möglichkeit zu freiwilligem Engagement muss chancengleich allen Jugendlichen zugänglich sein.

Seit 1993 hat sich die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Freiwilligendiensten um 70 Prozent erhöht. Im Moment übersteigt die Nachfrage nach Plätzen noch deutlich das Angebot. Der Bund wird daher gemeinsam mit den Ländern daran arbeiten, die Angebote der Freiwilligendienste auszubauen und attraktiver zu machen.

Die Dauer der Freiwilligendienste wird künftig flexibilisiert. Sie soll wahlweise zwischen sechs und 18 Monaten betragen. Die Möglichkeit, sich im Rahmen eines Freiwilligendienstes im kulturellen Bereich – z. B. in Bibliotheken, Musikinitiativen oder Museen – zu engagieren, wird ebenso hinzukommen wie Angebote in der Jugendarbeit des Sports und der sozialen Arbeit in der Gemeinde. Im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres, des Freiwilligen Ökologischen Jahres und im Rahmen der sogenannten „anderen Dienste im Ausland“ wollen wir auch entwicklungspolitisch orientierte Einsätze fördern.

Netzwerke bauen: Beteiligung braucht Vernetzung, Informationsaustausch und Betreuung, die Jugendliche für Jugendliche – unter anderem im Internet – selbst initiieren. Die Bundesregierung fördert gezielt den Aufbau von Netzwerken der Jugendbeteiligung und richtet internetgestützte Kommunikationsplattformen ein, über die Jugendliche zusammen mit Jugendlichen projektorientiert mitreden und mitgestalten können.

Jugendliche müssen selbstverantwortlich ihre eigenen Ideen realisieren und als Projekte durchführen können. Die Bundesregierung wird im Rahmen der im Kinder- und Jugendplan vorgesehenen Maßnahmen neue Initiativen fördern, aus denen in Zusammenarbeit mit den Kommunen und der Wirtschaft Modellprojekte von Jugendlichen für Jugendliche unbürokratisch gefördert werden.

9. Für Toleranz – gegen Gewalt

Die Bundesregierung wendet sich mit ihrer Politik gegen jede Form der Gewalt in unserer Gesellschaft. Es gibt in Deutschland einen breiten Konsens für Demokratie und Rechtstaatlichkeit. Die Bundesregierung hat im Mai 2000 das bundesweite „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ ins Leben gerufen. Unter seinem Dach vereinen sich staatliche und gesellschaftliche Kräfte, um den demokratischen Verfassungskonsens zu bekräftigen, um Ideen zu bündeln und die Verständigung zwischen den Initiativen zum gegenseitigen Informationsaustausch zu fördern. Neben einem entschiedenen Vorgehen von Polizei und Justiz gegen Straftäter steht der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor gewalttätigen Übergriffen, Hilfe für die Opfer sowie die Bekämpfung der sozialen Ursachen im Vordergrund.

Mit dem speziell an Jugendlichen orientierten Aktionsprogramm „Jugend für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ hat die Bundesregierung unterschiedliche Initiativen und Programme gebündelt. Das Programm setzt auf die Partnerschaft, den Dialog und die Kooperation mit allen gesellschaftlichen Gruppen und unterstützt lokale Bündnisse, Netzwerke und Initiativen – vor allem in Schulen, Betrieben und Jugendtreffpunkten.

- Ein Bestandteil dieser Offensive ist der Programmteil „Civitas“. Er fördert den Ausbau mobiler Beratungsteams in den neuen Bundesländern, um in sozialen Brennpunkten den örtlichen Initiativen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Unterstützt werden Opferberatungsstellen, die vor allem Jugendlichen und ihren Familien konkrete rechtliche und soziale Hilfe anbieten.
- Wer soziale Konflikte und Gewalt verhindern will, muss auch die soziale Integration fördern. Diesem Ziel dient das Programm „Xenos“, das die berufliche und soziale Integration ausländischer und deutscher Jugendlicher unterstützt. Berufliche Qualifizierung wird hier mit Aktivitäten gegen Gewalt verbunden, das Zusammenleben und -arbeiten zwischen ausländischen und deutschen Jugendlichen gefördert.
- Im Bereich der Jugendarbeit und politischen Bildung werden die Informations- und Qualifizierungsangebote ausgeweitet. Dies schließt die interkulturelle und entwicklungspolitische Bildung ein.
- Die Bundesregierung setzt auf die aktive Beteiligung der Jugend und unterstützt gezielt Initiativen und Projekte, bei denen sich Jugendliche für Jugendliche engagieren. Junge Menschen gehen eigene Wege zur Vermittlung und Einübung von Toleranz und Zivilcourage, z. B. greifen sie im direkten Gespräch mit Andersdenkenden Vorurteile ihrer Altersgenossen auf und versuchen sie abzubauen.

– **Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene unterstützen:** Das Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten hat das Ziel, durch das „Herausbrechen“ von Führungspersonen die rechtsextremistische Szene zu schwächen und zu verunsichern. Darüber hinaus soll das Angebot insbesondere jugendliche „Mitläufer“ veranlassen, sich ernsthaft mit dem Gedanken eines Ausstiegs zu befassen. Über eine bundesweit geschaltete Telefon-Hotline des Bundesamtes für Verfassungsschutz werden ihnen Hilfen angeboten, um das weitere Abdriften in gewaltbereite rechtsextremistische Kreise zu verhindern.

Soziale Ursachen von Gewalt bekämpfen: Die Bundesregierung ist der Überzeugung, dass auch strukturelle Ursachen für Gewalt abgebaut werden müssen. Gewalt kann unter anderem dort auf fruchtbaren Boden fallen, wo soziale und wirtschaftliche Benachteiligung herrscht oder empfunden wird. Die Bundesregierung hat die Jugendarbeitslosigkeit abgebaut und zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen. Das Programm „E&C“ unterstützt Jugendliche mit schlechteren Startchancen in sozialen Brennpunkten und fördert die Integration von Migranten und Migrantinnen.

Das demokratische Zusammenleben fördern: Für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaftsordnung ist es von entscheidender Bedeutung, ein friedliches und auf demokratischen Prinzipien beruhendes Zusammenleben der Kinder und Jugendlichen mit unterschiedlichen ethnischen, kulturellen und religiösen Hintergründen zu ermöglichen. Die Bundesregierung fördert im Rahmen ihrer Zuständigkeit aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes Projekte, in denen junge Menschen über diese Hintergründe ins Gespräch kommen und so das gegenseitige Verständnis gefördert wird. Sie unterstützt Projekte, in denen Jugendliche sich ihrer kulturellen Identität vergewissern und darin bestärkt werden, sich in einen vorbehaltsfreien und demokratischen Dialog mit anderen zu begeben. Sie bittet die Länder und Kommunen nachdrücklich, für ihre Bereiche vergleichbare Zielsetzungen weiterzuverfolgen.

Gewaltfrei erziehen: Wer Gewalt verhindern will, muss bei der Erziehung ansetzen. Wir haben daher mit einem neuen Gesetz das Recht auf gewaltfreie Erziehung festgeschrieben. Gewalterfahrungen in der Familie sind oftmals die Ursache für spätere Gewalteskalationen. Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, eine Kultur der gewaltfreier Erziehung in der Gesellschaft zu verankern.

Konflikte friedlich lösen: Zum Kernbestand unserer Demokratie gehört die Fähigkeit, Konflikte in einer Atmosphäre gegenseitiger Toleranz und Akzeptanz auszuhandeln und friedlich zu lösen. Die Bundesregierung begrüßt es, dass immer mehr Schulen Streitschlichtung und konstruktiven Umgang mit Konflikten zum Bestandteil ihres Schulprogramms und ihres Erziehungs- und Bildungsalltags machen.

Über ein besseres Angebot ganztägiger Betreuung und eine Zusammenarbeit mit außerschulischen Kooperationspartnern wie zum Beispiel Einrichtungen der Jugendhilfe, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie über eine aktive Elternarbeit werden Integration, Gemeinsinn und soziales Lernen gefördert. Die Bundesregierung wird sich in Zusammenarbeit mit den Ländern und den Kommunen für eine weitere Öffnung der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen Kindergarten und Schule einsetzen.

Im Rahmen des fünfjährigen Modellprogramms „Demokratie Lernen und Leben“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) wird die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern Initiativen und Maßnahmen fördern, die Demokratie für Schülerinnen und Schüler erfahrbar machen.

10. Offen für die Welt

Europäische Einigung und die Erweiterung der EU, Internationalisierung von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, aber auch Migration und kulturelle Vielfalt erfordern eine weltoffene Demokratie. Interkulturelle Kompetenz und Fremdsprachenkenntnisse werden in steigendem Maße von Unternehmen verlangt und auch bei der Begegnung mit anderen Kulturen vor der eigenen Haustüre gebraucht. Internationale Austausch- und Kooperationsprogramme, speziell in den Bereichen des Jugendaustauschs, der beruflichen Bildung und der Hochschulen, tragen zur Horizonterweiterung bei.

Gemeinsame Erfahrungen prägen nachhaltig das Verhältnis zu unseren europäischen Nachbarn ebenso wie zu Menschen aus anderen Lebens- und Kulturkreisen. Junge Menschen mit Auslandserfahrungen haben nicht nur größere berufliche Chancen. Sie sind auch in aller Regel nicht anfällig für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Insbesondere im Hinblick auf die Erweiterung der EU ist der Austausch und die Zusammenarbeit mit diesen Ländern von großer Bedeutung, denn die dortige junge Generation setzt sehr große Hoffnungen und Erwartungen in die Mitgliedschaft in der Europäischen Union

Im und vom Ausland lernen: Die Bundesregierung wird gemeinsam mit der Wirtschaft und den Ländern darauf hinwirken, die praxisorientierten Angebote für Auslandsaufenthalte während der Schulzeit, zwischen Schule und beruflicher Ausbildung bzw. Studium und während beruflicher Erstausbildung und Studium weiter auszubauen. Insbesondere die großen europäischen Bildungsprogramme SOKRATES und LEONARDO sind hier zu einem Motor für grenzüberschreitenden Austausch und Zusammenarbeit zum Nutzen der jungen Europäer geworden. Aber auch die von der Bundesregierung finanzierten zahlreichen bilateralen Programme in der Berufsbildung und die Stipendienangebote für Studenten tragen wesentlich dazu bei, dass immer mehr junge Menschen internationale Kompetenzen erwerben können, ein Erfordernis, das auch in Zukunft noch stärker an Bedeutung gewinnen wird. Um eine gute Basis dafür zu schaffen, wäre es sinnvoll, den Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen bereits in der Grundschule künftig für alle zu ermöglichen.

Jugendliche wollen heute in konkreten Projekten Verantwortung übernehmen. Dazu zählt auch die Verantwortung und konkrete Hilfe für unterentwickelte Regionen der Welt. Die Bundesregierung will daher die nachwachsende

Generation stärker als bisher in Form von Praktika in Entwicklungshilfeprojekten einbinden.

Jugendaustausch ausbauen: Internationale Kompetenz wird für Jugendliche immer mehr zu einer Selbstverständlichkeit. Dies erfordert eine intensive Kenntnis und Auseinandersetzung mit anderen Ländern, ihren Kulturen, Religionen und gesellschaftlichem Alltag. Die Bundesregierung hat die Bemühungen im internationalen Jugendaustausch verstärkt. So konnten im vergangenen Jahr rund 350 000 Jugendliche in vom Bund geförderten Programmen internationale Erfahrungen sammeln, und Demokratie und Toleranz im konkreten Austausch erleben. Dem Deutsch-Französischen Jugendwerk wie dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk kommt dabei eine große Bedeutung zu. Die jugendpolitische Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa wurde ausgebaut. Der Jugendaustausch mit Israel hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg stetig weiter entwickelt. Die Mittel in diesem Bereich wurden verdoppelt.

Die Bundesregierung ist der Überzeugung, dass der Jugendaustausch künftig persönliches Erleben stärker mit praktischer Arbeit verbinden muss. Gemeinsam mit den Ländern soll daran gearbeitet werden, die Auslandsangebote des Freiwilligen Sozialen und des Freiwilligen Ökologischen Jahres auszuweiten. Im Dialog mit der Wirtschaft soll darauf hingewirkt werden, den Jugendaustausch durch Betriebspraktika zu verstärken.

Alle Jugendlichen einbeziehen: Deutschland hat eines der besten Netzwerke für den internationalen Jugendaustausch. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfügen über eine gute Schulbildung. So besitzen im Europäischen Freiwilligendienst rund 90 Prozent der Jugendlichen Abitur. Die Bundesregierung will in Zukunft verstärkt darauf hinwirken, dass Jugendliche aus allen Schulformen in den Jugendaustausch einbezogen werden. Der Austausch soll stärker mit der Arbeitswelt der Jugendlichen verknüpft, junge Menschen aus Migrantenfamilien stärker beteiligt werden.

Offensiv für Bildung und Mobilität: Die Bundesregierung hält die internationale Öffnung des deutschen Bildungssystems und die Ausbildung junger Menschen im europäischen Ausland für besonders bedeutsam. Deutschland hat hier als exportorientiertes Land mit neun Nachbarstaaten und seiner Nähe zu Mittel- und Osteuropa besondere Interessen. Die Bundesregierung setzt sich für eine europäische „Offensive für Bildung und Mobilität“ ein. Grenzüberschreitende Mobilität junger Menschen muss über die bewährten europäischen Bildungs- und Austauschprogramme hinaus sowohl im Hochschulbereich wie in der beruflichen Bildung deutlich ausgebaut werden. Dies gilt – nach guten Ansätzen im Hochschulbereich – auch für die berufliche Bildung. Der „Europass“ eignet sich gut als Nachweis für Berufsabschnitte, die in ausländischen Betrieben verbracht wurden. Er sollte auch auf nicht duale Bildungsabschnitte und auf Beitrittsstaaten ausgeweitet werden. Zudem sollten für nationale nicht akademische Berufsabschlüsse EU-weit Berufsprofile entwickelt werden, die mehrsprachig und prägnant die erworbenen Qualifikationen beschreiben und zusätzlich zum Abschlusszeugnis ausgehändigt werden. Ein weiteres Ziel ist die Schaffung eines europäischen Bildungsausweises für Schüler, Auszubildende, Studenten und Freiwillige (Berechtigung für soziale Vergünstigungen).

Da der Erwerb von Sprachkenntnissen und Auslandserfahrungen zur Kompetenzerweiterung beiträgt und auch von Arbeitgebern immer stärker erwartet wird, müssen künftig Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen auch im Ausland möglich sein. Gefördert werden sollen insbesondere Betriebspraktika in Unternehmen mit internationalen Geschäftsaktivitäten.

III. Wandel gestalten – Generationengerechtigkeit sichern

Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit sind für die Bundesregierung zentrale Prinzipien ihrer Politik. Sie sichern den sozialen Zusammenhalt zwischen den Generationen und stärken die enge Beziehung, in der heute ältere Menschen zur Generation ihrer Kinder und Enkelkinder leben. Die Bundesregierung wird die politischen Rahmenbedingungen auch künftig so gestalten, dass die gelebte Solidarität zwischen Jung und Alt gesichert bleibt.

Der demographische Wandel führt dazu, dass der Bevölkerungsanteil älterer Menschen zunimmt, während der Anteil der jungen Generation sinkt. Häufig wird aus dieser Entwicklung die Befürchtung abgeleitet, dass die Verteilungskonflikte zwischen den Generationen zunehmen oder die Interessen der jungen Generation an Durchsetzungsfähigkeit in der Gesellschaft verlieren könnten. Diese Befürchtung ist unbegründet: Eine wachsende Mehrheit der Bevölkerung nimmt heute nur schwache oder gar keine Konflikte zwischen den Generationen wahr. Das Fundament für den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist auch in Zeiten des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels intakt.

Dies zeigt sich auch in der wachsenden Bedeutung von Familie und familiärem Zusammenhalt bei jungen Menschen. Die emotionalen Beziehungen zwischen den Generationen sind mehrheitlich von einem Vertrauen geprägt, das sich auch in gegenseitiger Hilfe ausdrückt. Die praktisch gelebte Solidarität zwischen Jung und Alt in der Familie und in der Gesellschaft ist der Kern eines umfassenden Generationenvertrags.

Dieser geht weit über die in den sozialen Sicherungssystemen geregelten Transfers zwischen den Generationen hinaus. So unterstützen rund 40 Prozent der 70- bis 85-Jährigen ihre Kinder bzw. Enkelkinder auch finanziell. Andererseits erhält gut ein Fünftel der Älteren Hilfe von ihren Kindern und Enkelkindern im alltäglichen Leben in Form von Fürsorge oder häuslicher Pflege.

Die Bundesregierung ist der Überzeugung: Unsere Gesellschaft braucht die neuen Ideen der Jungen, wenn sie vorwärtskommen will. Und sie braucht die Erfahrung der Alten, wenn sie praktisches Wissen umfassend nutzen will. Die Bundesregierung wird den Zusammenhalt zwischen den Generationen mit ihrer nachhaltigen Reformpolitik fördern.

So macht die Rentenreform das System der Alterssicherung angesichts des demographischen Wandels für

alle Generationen zukunftssicher: Die Rente stützt sich dabei auf die durch Solidarität geprägte staatliche Rente einerseits und die auf Eigenvorsorge und Förderung bauende Altersabsicherung andererseits. Für die Jungen ist nun klar: Die Alterssicherung in Deutschland bleibt bezahlbar und hat Zukunft. Die Alten bekommen Gewissheit, dass ihre Renten auch weiterhin steigen werden.

Auch der eingeleitete Kurswechsel zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung schafft mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Die Bundesregierung baut konsequent Schulden ab und will bis 2006 einen Haushalt vorlegen, der ohne neue Schulden auskommt. Dadurch wird mehr Geld für gezielte Zukunftsinvestitionen frei. Dies kommt insbesondere den nachwachsenden Generationen zugute, da ihre Handlungsspielräume nicht durch die Schulden der vorhergehenden Generation belastet und eingeschränkt werden.

Die Bundesregierung ist der Überzeugung: Nachhaltigkeit schafft Generationengerechtigkeit. Sie wird ihre Politik auch weiter im Interesse zukünftiger Generationen gestalten und ihnen eine sichere Lebensperspektive bieten:

– Nur eine Politik, die es Frauen und Männern ermöglicht, Erwerbstätigkeit und Kinderwunsch zu realisieren, schafft die Voraussetzung für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft.

– Nur mit dauerhaft verstärkten Investitionen in Bildung, Ausbildung und Weiterbildung lassen sich die Chancen künftiger Generationen auf Wachstum und Wohlstand nachhaltig sichern.

– Nur wenn wir die natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen schonen, effizienter wirtschaften und erneuerbare Energien fördern, können irreversible ökologische Schäden zulasten kommender Generationen vermieden werden.

– Nur eine Finanzpolitik, die ernsthaft das Ziel verfolgt, keine weiteren Staatsschulden aufzuhäufen, erhält künftigen Generationen die finanzielle Handlungsfähigkeit für notwendige Zukunftsinvestitionen.

Die Durchsetzung des Prinzips der Nachhaltigkeit in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, der Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik, in der Sozialpolitik wie in der Umwelt- und Forschungspolitik liegt im besonderen Interesse der jungen und der zukünftigen Generationen. Diese Politik fördert den sozialen Zusammenhalt, der das zentrale Fundament für die Leistungsfähigkeit und Lebensqualität einer sozial gerechten Gesellschaft ist.



Druck: MuK. Medien- und Kommunikations GmbH, Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28 / 3 82 08 40, Telefax: 02 28 / 3 82 08 44
ISSN 0722-8333